

Global denken. Global handeln



Die internationale Arbeit von BUND und Friends of the Earth



Ökologische Gerechtigkeit weltweit

Wer umweltpolitisch arbeitet, muss heute international denken und handeln. Denn seien es Zugvögel, Fischschwärme oder Wasserläufe, die Natur hält sich nicht an politische Grenzen. Das hat längst auch die Politik verstanden und immer mehr Regelungen auf internationaler Ebene erlassen. Gentechnik, Chemiepolitik oder Wasserversorgung, rund 80 Prozent der hierzulande geltenden Umweltgesetze stammen nicht mehr aus Deutschland. Den größten Einfluss auf die Natur und Umwelt hat jedoch die Globalisierung, die das gesellschaftliche Denken und Handeln mehr prägt als jede andere politische Entwicklung.

Globalisierung muss nicht schlecht sein. Derzeit ist jedoch die weltweite Ausdehnung eines Wachstums- und Wettbewerbsmodells zu beobachten, das für Mensch und Umwelt vor allem Nachteile bringt. So belastet der weltweit wachsende Verkehr Luft und Klima. Der freie Handel hat Vorrang vor sozialen und ökologischen Bedürfnissen. Das ungebro-

chene Wirtschaftswachstum verschlingt immer mehr Ressourcen, auf der Jagd nach Rohstoffen werden die letzten Regenwälder zerstört, Menschenrechte verletzt und die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert.

Als Antwort auf diese Entwicklung verstärken die Umweltverbände ihre internationale Zusammenarbeit. Das alte Credo „global denken – lokal handeln“ wird ergänzt durch „global denken – global handeln“.

Der BUND engagiert sich deshalb in dem weltweiten Netzwerk Friends of the Earth. Wir stellen Ihnen einige aktuelle Beispiele unserer internationalen Kooperation vor – Kooperationen für eine Globalisierung der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit.

Verena Graichen

Sprecherin des Arbeitskreises Internationales



Juni 2003: Die Teilnehmer des Kongresses McPlanet.com demonstrieren gegen den Versuch der Welthandelsorganisation darüber zu bestimmen, welche Nahrung bei uns auf den Tisch kommt.

Friends of the Earth – the people's network

Weil Umweltprobleme häufig globale Probleme sind, gibt es „Friends of the Earth“ (FoEI). Über 70 nationale Umweltorganisationen mit rund 5.000 lokalen Gruppen bilden dieses weltweit größte Umweltnetzwerk. Der BUND ist die deutsche Sektion von FoEI.

Von lokal nach global

FoEI ist dezentral und basisdemokratisch organisiert. Mehr als eine Million Mitglieder bestimmen die politische Richtung des Netzwerks. Dabei gibt es eine enge Zusammenarbeit mit Landwirten, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und anderen Gruppen, damit sich die Welt nicht in *global player* und *local loser* spaltet.

Auf einer sozial gerechten Basis soll eine ökologische, kulturelle und ethnische Vielfalt bewahrt werden. Doch die heutige Entwicklung läuft genau in die entgegengesetzte Richtung. Deshalb entwickelt FoEI Lösungen für einen ökologisch und sozial

nachhaltigen Lebensstil und initiiert Kampagnen zu zentralen Problemen wie Klimagerechtigkeit, Welt-handel, biologische Vielfalt, transnationale Konzerne oder Gentechnik.

Friends of the Earth in Europa

Das FoE-Büro in Brüssel vertritt über 30 europäische Umweltorganisationen – von Spanien bis zur Ukraine, von Zypern bis Irland. FoE Europe prangert ökologische und soziale Missstände an und sorgt für die nötige Beachtung bei der EU und den Politikern der Mitgliedsnationen. Aktuelle Kampagnen und Aktionen bieten gute Möglichkeiten selbst aktiv zu werden, international und vor Ort.

Mehr Informationen unter
www.foei.org
www.foeurope.org



*Friends of the Earth:
Mit vereinten
Kräften für die
gleichen Ziele.*

Den Klimawandel stoppen

Die meisten Wissenschaftler sind sich einig: Der Mensch verändert das Weltklima – mit fatalen Konsequenzen. Viele sehen die Klimaveränderung als die größte Herausforderung dieses Jahrhunderts an.

Der Klimawandel hat bereits begonnen. Extreme Wetterereignisse, durch den Treibhauseffekt angekurbelt, treffen die ärmsten Länder am härtesten. Die Zahl der Hurrikans in Mittelamerika steigt, ihre Zerstörungskraft ebenfalls. Dürrekatastrophen in Afrika oder Überschwemmungen und Gletscherschmelzen in Asien fallen Tausende zum Opfer. Doch auch Europa bleibt nicht verschont: Nach der Rekordflut 2002 kam die Jahrhunderthitze 2003. Ernteausfälle, Überschwemmungsoffer und Tausende Hitzetote waren die Folge.

Die Hauptverursacher des Klimawandels sind bekannt: die Industrieländer, die seit zwei Jahrhunderten von Öl und Kohle leben und den Treibhauseffekt als Nebenwirkung akzeptieren. Heute sorgt

die Globalisierung dafür, dass immer mehr Länder diese fatalen Fehler wiederholen.

Handeln bevor es zu spät ist

Was ist zu tun? International brauchen wir gerechte, ambitionierte und langfristige Vereinbarungen zum Klimaschutz. Verbindlich müssen sie sein und keine Absichtserklärungen. Allen voran sind die Industrienationen gefordert. Erst wenn sie ihren Energieverbrauch deutlich drosseln, Energie effizienter nutzen und auf erneuerbare Quellen setzen, kann man sie zur globalen Nachahmung empfehlen. Dies zu erreichen, festgefahrene Strukturen zu überwinden und einseitigen ökonomischen Interessen etwas entgegen zu setzen, daran arbeitet FoEI.



*„Save the Climate!“
BUND und Friends of
the Earth errichten
bei der Klimakonfe-
renz 2001 in Bonn
ein riesiges Ret-
tungsboot.*

Der Freihandel braucht Grenzen

Wohl keine andere internationale Organisation ist heute so mächtig wie die Welthandelsorganisation (WTO). Sie setzt die Interessen des freien Handels mit effektiven Sanktionen, zum Beispiel finanzielle Strafen, durch und ist damit sehr erfolgreich.

In der Regel stehen die Interessen der reichen Staaten und der großen Konzerne im Vordergrund. Verlierer sind die Armen und die Umwelt. Kein Wunder, denn WTO-Recht ist Handelsrecht, soziale und ökologische Belange existieren nur als Ausnahmen. So kennt die WTO etwa kein Vorsorgeprinzip und interessiert sich nicht dafür, ob ein Produkt umweltschonend hergestellt wurde oder nicht.

Bei anderen Fragen streiten sich die Experten noch, etwa ob Öko-Siegel als Handelshemmnisse gelten oder welches Abkommen im Zweifel mehr gilt: die WTO oder internationale Umweltverträge, wie das Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES) oder das Kyoto-Protokoll.

Die Macht der WTO eingrenzen

Die Welthändler legen ihren Aufgabenbereich häufig sehr weit aus – Handel findet ja fast überall statt. Und dabei reden sie gerne überall mit, egal ob sie kompetent urteilen können oder nicht. Als die EU etwa den Import hormonbehandelten Rindfleisches wegen gesundheitlicher Bedenken verbot, war die WTO zur Stelle. Sie sah ein Hemmnis für den Handel, nachdem die USA und Kanada sich beschwert hatten und stellte die EU vor die Wahl – Verbot aufheben oder Strafzölle zahlen.

Dieses Beispiel zeigt: Weltweiter Handel und heimischer Kochtopf liegen eng beieinander. Daher ist es eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre, die WTO in ihre Schranken zu weisen und ökologischen und sozialen Fragen Vorrang einzuräumen.



Mai 2004:
Aktivisten von
Friends of the Earth
protestieren vor dem
Sitz der WTO in Genf.

Gentechnikfreies Essen weltweit

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in der Nahrung lehnen 80 Prozent der Deutschen ab. Doch ob wir in Zukunft GVO essen müssen, entscheiden wohl demnächst nicht mehr die Verbraucher, sondern internationale Agrarkonzerne, die USA, die EU und die WTO.

Wer bestimmt, was wir essen?

Von 1998 bis Anfang 2004 bestand in der EU Einigkeit, keine neuen GVO zuzulassen. Doch damit ist es vorbei, seit die EU-Verordnung zur Kennzeichnung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel den Import und Anbau neuer GVO in Europa wieder erlaubt. Die Mitgliedsstaaten sind sich jedoch häufig uneins über Neuzulassungen. Stattdessen entscheidet letztlich die Kommission – bisher immer pro Gentechnik.

Dabei steht sie unter dem Druck der Welthandelsorganisation (WTO). Denn im Interesse der großen

Gentechnik-Konzerne haben die USA, Kanada und Argentinien die EU vor der WTO verklagt. Sie halten den jahrelangen Zulassungsstopp für einen Verstoß gegen WTO-Recht und fordern eine vollständige Öffnung der europäischen Märkte für GVO. Die WTO will also entscheiden, ob uns demnächst gentechnisch verändertes Essen aufgetischt wird.

Verhalten der Verbraucher ist entscheidend

Eine internationale Vernetzung ist jetzt wichtiger denn je. Die Verbraucher, Landwirte und Umweltschutzorganisationen wie FoEI haben es in der Hand: Je stärker ihr Widerstand gegen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel auf dem Acker und im Supermarkt ist, desto stärker geraten gentechnikfreundliche Politiker in Erklärungsnot. Und umso schneller vergeht den großen Agrar-Konzernen der Appetit aufs Geschäft mit der Gen-Nahrung.



*Eine riesige Gento-
mate rollt durch
Europa: Protest
gegen Gentechnik
in unserer Nahrung
und die WTO.*

Globale Regeln für Konzerne

Sie sind die wahren Gewinner der Globalisierung: die transnationalen Konzerne (TNC). Viele sind finanzstärker als mancher Staat. Der Umsatz von ExxonMobil etwa übertrifft das Bruttonationalprodukt von Norwegen, die philippinische Wirtschaft ist nicht einmal halb so groß wie DaimlerChrysler. Wer mächtig ist, kann sich vieles erlauben. Die Liste der Umweltverbrechen durch TNC ist lang. Katastrophen wie der Chemieunfall von Bhopal/Indien oder der Untergang des Öltankers Prestige erregen zwar kurzfristig große Aufmerksamkeit. Doch häufig kommt der Tod schleichend: Auf der Suche nach neuen Rohstoffen dringen TNC immer weiter in unerschlossene Gebiete vor – Naturzerstörung, Vertreibung und der Tod von Menschen werden dabei wissentlich in Kauf genommen. Shell im Niger-Delta, der Kupferabbau in Papua Neuguinea oder die Newmont-Goldminen in Indonesien sind nur einige Beispiele.

Verbindliche Regeln statt schöner Reden

Weil Verbraucher kritischer werden und der Protest gegen diese kriminellen Machenschaften wächst, betreiben viele TNC verbale Fassadenbegrünung. Vollmundige Erklärungen sollen von Problembewusstsein zeugen. Eine unverblümete Sprache sprechen hingegen die Unternehmenslobbyisten in Brüssel und auf internationalen Umweltkonferenzen, die dabei knallhart Konzerninteressen durchboxen.

Statt schöner Reden und unverbindlicher Selbstverpflichtungen, drängt FoEI auf verbindliche und einklagbare Regeln für TNC in Form einer UN-Konvention. Darin müssen hohe Umwelt- und Sozialstandards, Berichts- und Konsultationspflichten verankert sein. Wichtig sind zu dem Klagerechte für Betroffene und lokale Gemeinschaftsrechte.



*Johannesburg 2002:
6.000 Pappfiguren
stellen sich einem
von Künstlern in
Soweto gebauten
Konzerngiganten
entgegen. Die Forde-
rung an die Regie-
rung ist klar: Don't
let big business rule
the world!*

Verantwortung vor Gewinn

Chemische Experimente gehören ins Labor, nicht in die Natur. Trotzdem werden etwa 30.000 synthetische Chemikalien ohne gründliche Sicherheitstests europaweit vermarktet. Die Folge sind oft bedenkliche Nebenwirkungen für Mensch und Umwelt. Eine EU-Verordnung, die diese Situation verbessern soll, verfängt sich in den Fallstricken der Globalisierung.

Chemiepolitik im Fadenkreuz der Lobbyisten

REACH heißt die EU-Verordnung zur „Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von chemischen Stoffen“, die eine vorsorgende Chemiepolitik in ganz Europa erreichen will. Doch mit dem Verweis auf globale Wettbewerbsnachteile stemmt sich die Chemie-Lobby gegen REACH. Ihre fadenscheinige Begründung: Zu viel Bürokratie, die die Wirtschaft lähmt und Arbeitsplätze vernichtet. Soviel Scheinheiligkeit kann schon mal vergessen lassen, dass es eigentlich um die eigene Produkt-

verantwortung zum Schutz von Umwelt und Verbrauchern geht.

Verantwortung ist mehr als ökonomische Effizienz

Nicht nur bei REACH setzen die Lobbyisten mit einigem Erfolg auf den „Sachzwang Globalisierung“. Solange Politiker und Wirtschaftsvertreter den globalen Standortwettbewerb zur letztgültigen Instanz erklären, ist es schwer, umwelt- und verbraucherfreundliche Regeln durchzusetzen. FoEI meint: Eine Gesellschaft kann auf Dauer nicht allein auf der Basis von ökonomischer Effizienz existieren. FoEI fordert daher, Umwelt und Soziales nicht dem globalen Standortwettbewerb zu opfern.



Der BUND steht für eine Zukunft ohne Gift: Für Produkte ohne Schadstoffe. Für mehr Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Für eine zukunftsfähige Chemikalienpolitik. Mehr unter www.bundgegengift.de

In die Zukunft investieren

Geld regiert die Welt. Und Eigentum verpflichtet. Wer Geld hat, hat auch Verantwortung. Für eine zukunftsfähige Entwicklung ist es entscheidend, wofür Geld ausgegeben wird.

Kein Geld für Projekte von gestern

Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank investieren jährlich riesige Summen. Damit entscheiden sie in vielen Ländern darüber, ob Energieversorgung, Verkehrssysteme oder die Wasserversorgung zukunftsorientiert aufgebaut wird oder nicht.

Deutschland hat Gewicht in diesen Institutionen und kann damit Entscheidungen beeinflussen. Allerdings muss der politische Wille vorhanden sein. Auch im eigenen Lande. Zum Beispiel bei den Bürgschaften für Exporte („Hermeskredite“). Die Bundesregierung verweigert Auskunft darüber, wie viel Hermes-Geld in klimaschädliche und in klimafreundliche Projekte fließt. Deshalb hat der BUND das zuständige Wirt-

schaftsministerium verklagt, um Transparenz bei der Vergabe von Hermesbürgschaften zu erreichen. Wir haben ein Recht zu wissen, in welche Projekte unsere Steuergelder investiert werden.

Mit den Börsenkursen fallen die Bäume

Die Globalisierung macht die Finanzmärkte anfällig für Spekulationen. Finanzkrisen bringen Unternehmen und ganze Volkswirtschaften in Bedrängnis. Um Devisen einzunehmen und Schulden zu tilgen, verkaufen Regierungen ihre natürlichen Reichtümer. Die Folge: Vernichtung der letzten Regenwälder, Ausbeutung der Meere, Übernutzung der Böden, Verlust der biologischen Vielfalt.

Die Frage, *wohin* das Geld fließt, spielt eine entscheidende Rolle für eine zukunftsfähige Entwicklung. Für FoEI ist es eine Aufgabe, die Finanzmärkte kontrollierbar zu machen und Geldströme so zu lenken, dass sie den Menschen und der Umwelt nutzen.



Bankwatch und Friends of the Earth protestieren in Luxemburg gegen die Europäische Investitionsbank (EIB), den weltweit größten Geldgeber für umweltzerstörende Infrastrukturprojekte.

Umwelt und Gerechtigkeit

Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar. Der Kampf um eine intakte Natur und gesunden Lebensraum bedeutet meist auch ein Streiten für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit. Dies gilt besonders für weniger entwickelte Länder. Doch auch bei uns sind ärmere Menschen häufig schlimmeren Umweltbelastungen ausgesetzt.

Welchen Lebensstil verträgt der Globus?

Ist es gerecht, dass 20 Prozent der Weltbevölkerung 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen? Würden alle sechs Milliarden Menschen auf der Erde so wie die alten Industrienationen leben, wäre der ökologische Kollaps unausweichlich, die sozialen Folgen verheerend. Unser Lebens- und Wirtschaftsmodell ist nicht globalisierungsfähig. Gerechtigkeit ohne Umweltschutz kann es nicht geben. Gleichzeitig wäre es ungerecht, den ärmeren 80 Prozent den Wunsch nach Entwicklung zu verwehren.

Verantwortung übernehmen

Was also tun? Die Erde kann nicht geklont werden. Deshalb müssen die Grenzen unserer Umwelt den globalen Lebensstil prägen, sonst ist er nicht zukunftsfähig. Der tiefgreifende Wandel muss von den Industrienationen ausgehen. Gerade weil ärmere Länder unserem Lebensstil nacheifern, haben wir die Verpflichtung zu einem umwelt-, sozial- und generationengerechten Umgang mit den Naturgütern.

Diesen Wandel voranzutreiben, ist das Hauptmotiv für FoEI. Die ärmeren Länder müssen die Chance haben, einen eigenen, unabhängigen Weg gehen zu können – ohne die Fehler der Industrieländer zu wiederholen.

Wenn Sie Teil dieses Netzwerkes werden, wenn Sie Verantwortung übernehmen wollen – dann sollten Sie Mitglied im BUND werden.

Mehr unter www.bund.net

Bitte einsenden an: BUND e.V. • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin

Ich will mehr ...

... Informationen über den BUND

... Natur- und Umweltschutz. Deshalb spende ich Ihnen _____ EUR

Einen Scheck schicke ich mit

Den Betrag habe ich auf Ihr Spendenkonto-Nr. 232
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00,
Stichwort BUNDspende überwiesen.

Ich will Nägel mit Köpfen machen: Ich werde BUND-Mitglied

Vorname, Name:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

E-Mail, Telefon:

Ihre persönlichen Daten werden ausschl. für Vereinszwecke elektronisch erfasst und – ggf. durch Beauftragte des BUND e.V. – auch zu vereinsbezogenen Informations- und Werbezwecken verarbeitet und genutzt.

ABK103

Impressum

Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland e.V.
Friends of the Earth Germany
Am Köllnischen Park 1 · 10179 Berlin

Fon (030) 2 75 86-489
Fax (030) 2 75 86-449
E-Mail: bund@bund.net · www.bund.net
Text: Markus Steigenberger

Bilder: FoE-Kollegen aus aller Welt
Redaktion: Norbert Franck (ViSdP)
Satz: Natur & Umwelt GmbH
Druck: Z.B.J., Köln

